An einen Haushalt

Zugestellt durch Post.at

KREMSER NACHRICHTEN

Aktueller Themen-Schwerpunkt: **Menschenrechte**

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 1-2016

Wohnen: KLS fordert Bau von Gemeindewohnungen und städtisches Wohnungsamt

Es ist schön, in Krems zu wohnen. Aber ist es auch leistbar? Die Mietpreisentwicklung der letzten Jahre kennt nur eine Richtung: steil nach oben, während die Reallöhne stagnieren oder sogar sinken. Für Menschen mit niedrigem Einkommen wird es zunehmend schwieriger, im städtischen Raum eine Wohnung zu finden, die sie sich leisten können. Wie konnte es soweit kommen?

Immer mehr Studenten, Vermieter reiben sich die Hände

Die Ansiedlung von mehreren Privatuniversitäten in Krems hat zweifellos einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft der Stadt, aber seitens der sich im Blitzlichtgewitter sonnenden PolitikerInnen wurde der negative Effekt auf die Mietpreise fahrlässig unterschätzt. Tausende inskribierte Studenten – aber es wurde kaum zusätzlicher und leistbarer Wohnraum geschaffen. Diese Rezeptur ergibt paradiesische Zustände für private Wohnungsvermieter. Selbst für kleine und kleinste Wohneinheiten werden mittlerweile Höchstpreise verlangt, sozial Schwache und Geringverdiener müssen bei den privaten Vermietern mit wohlsituierten deutschen Studenten konkurrieren.

Seit Jahren eine Stadt der Flüchtlinge

Das Versäumnis der PolitikerInnen, für genügend leistbaren Wohnraum zu sorgen, trifft uns heute doppelt: durch steigende Mieten und die höheren Profite der VermieterInnen einerseits und drohende Verschärfung der Lage in der nahen Zukunft durch die Neuansiedlung einer Medizinuniversität, die sich in ihrer Werbung dezidiert an deutsche Numerus-Clausus-Flüchtlinge richtet (wie bereits bisher die Zahnuniversität DPU), ebenso wie durch die Aufnahme einer wachsenden Zahl von bedürftigen Kriegsflüchtlingen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Herr **Bürgermeister Resch** im Jahr 2013 auf eine UBK-Anfrage zum Wohnungsthema wie folgt antwortete: ***"Die Errichtung von Wohnbauten gehört nicht zu den Infrastrukturaufgaben von Gemeinden."*** Unserer Meinung nach reicht es aber nicht, sich bei der Eröffnung von "Leuchtturmprojekten" hervorzutun und dabei auf die Hausaufgaben zu vergessen: Selbstverständlich muss eine Stadt dafür sorgen, dass sich ihre Menschen das Leben noch leisten können, auch wenn sie keinen reichen Papa haben. **Wohnen ist ein Menschenrecht** (siehe Seite 7, Art. 25/1).

Beispiel Graz – Sozialer Wohnbau ist möglich!

In der steirischen Landeshauptstadt Graz ist die KPÖ seit vielen Jahren für das Wohnbauressort zuständig. Zuerst begann Ernest Kaltenegger in den Neunzigern seine Arbeit für das Wohl der BürgerInnen. Nun ist mittlerweile seit zwei Perioden Elke Kahr als Stadträtin für diesen so wichtigen Bereich zuständig. In dieser Zeit wurden nicht nur bestehende Wohnungen saniert und aufgewertet, sondern auch hunderte neue, moderne Gemeindewohnungen gebaut. Dieses hervorragende Beispiel zeigt, dass es auch einen anderen Weg gibt, als den der Profitvermehrung für den privaten Wohnungsmarkt.

Krems muss wieder Gemeindewohnungen bauen und selbst verwalten

Die KLS fordert daher die Wiederaufnahme des Baus von Gemeindewohnungen durch die Stadt Krems, um den zunehmenden Druck auf den Wohnungsmarkt abzufedern. Dies ist den Wohnbaugenossenschaften wie der GEDESAG vom gesetzlichen Spielraum her kaum möglich. Eine soziale Wohnbauoffensive hätte auch eine positive Auswirkung auf die angespannte Situa-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Eklat im Gemeinderat – Schmutzkampagne statt Argumente!

Mit dem Durchpeitschen der privaten Tiefgarage und des anschließenden Umbaus des Südtirolerplatzes auf Steuerkosten seitens der SP/VP-Koalition, dem Bau des Kunstmuseums samt Parkdeck Stein und den ausgeglichenen Doppelbudgets 2016/17, war klar, was da für die nächsten zwei Jahre politisch seitens Resch & Derler geplant war: Stillschweigen über den schweren Belastungsschlag gegen ArbeitnehmerInnen durch die Verdopplung der Tagesparkgebühren, der die ausgeglichenen Budgets 2016 und 2017 ermöglichte. Dagegen breite Kommunikation sauberer Finanzen und eines wahlwirksamen „Bauschubes" für Krems (Tiefgarage, Kunstmuseum, Parkdeck Stein, Service Center Bauen). Beides soll als das „einzig Richtige" für Krems, gepaart mit Harmonie, die rosa-schwarzen Wahlchancen 2017 verbessern. Dazu muss Kritik im Keim erstickt werden, ist das Koalitions-Motto. Nicht nur im Gemeinderat, sondern z.B. auch innerparteilich gegenüber WKÖ-Obmann Hagmann bei "Wir für Krems".

Als GR Mag. Mahrer in der Budgetrede Bgm. Resch aufforderte, sich für die einseitige **Tagesparkgebührenerhöhung** zum Stopfen der Budgetlöcher zu schämen, war man empört über solche, Harmonie und Freude über die ausgeglichen Budgets störenden Worte.

Als KLS und UBK im Jänner beim Tagesordnungspunkt **Altpapiersammlung** im Vorfeld Kritik übten, so dass dieser letztlich abgesetzt wurde, und dann noch einen **Dringlichkeitsantrag zur Prüfung der GEDESAG** durch das Kontrollamt stellten (siehe Seite **4**), war man in der Koalition schon eher gereizt.

Die **Vergaben zum Service Center Bauen** sollten einfach durchgewunken werden. Doch GR Mahrer sprach von einer 2012 abgesetzten um fast zwei Millionen Euro billigeren Bauvariante und von seinerzeit hinter vorgehaltener Hand kolportierten möglichen Hintergründen. Da brach der Eklat offen aus. Entschuldigungen wurden eingefordert und massiver Druck erzeugt.

Jeder Journalist darf über „unbestätigte Meldungen" oder „aus gut informierten Kreisen" berichten, wenn er diese als solche kennzeichnet. SPÖ und ÖVP hingegen wollen durch massive Angriffe kritische Oppositionspolitiker mundtot machen.

Als GR Mahrer wegen des desaströsen **Kontrollamtsberichtes zu den SFR-Krediten** der Stadt mit 5,7 Mio. Euro Verlust sagte, in Privatunternehmen hätten Finanz- und Controlling-Chefs diesen Bericht nicht überlebt, war erneut Feuer am Dach, da sich die Stadträte plötzlich mit ihrer politischen Verantwortung konfrontiert sahen.

In der Februar-Sitzung wurde der **Schuldenbericht** diskutiert. Dabei benannte GR Wolfgang Mahrer die Skandale früherer Gemeinderatsperioden als Mitursache für die hohe Schuldenbelastung.

Die Notwendigkeit, der seitens VP und SP noch nicht erfolgten Skandal-Aufarbeitung, belegte GR Mahrer mit den Worten des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ***„Wer die Vergangenheit nicht studiert, wird ihre Irrtümer wiederholen"***.

Das war SPÖ und ÖVP wieder zu viel. Der VP-Finanzstadtrat versuchte, GR Mahrer als Verbreiter von Unwahrheiten zu verleumden. Dazu zitierte er aus alten KN-Artikeln allerdings ohne die dort angeführten Begründungen, deren Wahrheitsgehalt er damit erst gar nicht in Zweifel zog. Das war sogar FPÖ-StR Dr. Friedl zu viel, da es nichts mit dem Tagesordnungspunkt zu tun hatte. Er beklagte das Nichteingreifen des Bürgermeisters gegen den VP-Finanzstadtrat mittels üblichen Ordnungsrufs „Bitte nur zur Tagesordnung".

(Fortsetzung auf Seite 9)

Wohnen: KLS fordert Bau von Gemeindewohnungen und städtisches Wohnungsamt

(Fortsetzung von Seite 1)

tion am Arbeitsmarkt und würde zu einer Zunahme von BürgerInnen mit Kremser Hauptwohnsitz führen.

Weiters wurden alle Versuche der Opposition, in der laufenden Periode eine Kontrolle gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften zu erreichen, für die GEDESAG durch SPÖ und ÖVP im Gemeinderat konsequent verhindert, obwohl eine solche Kontrolle durch einen aktuellen Rechnungshofbericht nahegelegt wird. Auch einen älteren SPÖ-Antrag, auf Verbesserung der Transparenz bei der Wohnungsvergabe, will man nachdem man jetzt den Bürgermeister stellt, laut einer Anfragebeantwortung nicht mehr weiter verfolgen!

Als KLS schlagen wir daher vor, dass die Stadt Krems wieder ein Wohnungsamt bekommt und jene städtischen Liegenschaften, die derzeit von der GEDESAG betreut werden, selbst verwaltet und transparent vergibt.

Nikolaus Lackner

Interview der KREMSER NACHRICHTEN (KN) mit Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer (KLS)

Die Fragen stellte *Nikolaus Lackner*

N. Lackner: Warum greifst Du im Gemeinderat so massiv die SP-VP-Koalition an und machst Dir damit Feinde?

GR Mag. Mahrer: Ja, Fakt ist, dass ich die gemeinsame neoliberale Politik der beiden Parteien hart angreife, da sie unsere Bürger viel Geld kostet während gleichzeitig einige wenige davon profitieren. Z.B. hat ein Finanzberater, der unserer Stadt die Franken-Kredite einredete, kräftig daran verdient. Unsere Stadt hat bis jetzt 5,7 Mio. € Millionen verloren. Jetzt wird dieser Finanzberater bei seinem Tiefgaragenprojekt von der Stadt finanziell unterstützt. Das ist für mich unakzeptabel!

N. Lackner: Man verurteilt Dich als „belehrend, übergescheit und verletzend" – wie stehst Du dazu?

GR Mag. Mahrer: Ich recherchiere alle Gemeinderatsakten gründlich, besuche alle Ausschuss-Sitzungen, lese die Stadtsenatsprotokolle, erkundige mich bei Insidern nach den Hintergründen und Zusammenhängen oder sehe in alten Gemeinderatsakten nach. KLS-GR Franz Kral ist lang dienender Gemeinderat und eine tolle Auskunftsperson. Das ergibt eine hohe Konzentration an Hintergrundwissen. Dazu kommt meine Unabhängigkeit von irgendwelchen Fraktionsvorgaben oder finanziellen Interessen.

Das stört natürlich die SP-VP-Koalition beim Durchpeitschen ihrer Beschlüsse. Die Fraktionsführer von SP und VP geben ihren Mandataren vor, wo sie die Hand zu heben haben. Logische Gegenargumente können da schon ein schlechtes Gewissen machen, das man dann in Befremden ummünzt oder dazu, dass man sich mangels eigener Gegenargumente oberlehrerhaft belehrt fühlt. Ich unterliege keinerlei Fraktionszwängen und spreche aus, was die Recherchen, besonders bei Skandalen, ergaben. Damit werde ich automatisch zum Feindbild von SP/VP.

Bei der FPÖ ist das „Linke-Fressen" schon „genetisch" bedingt, da diese Bewegung seinerzeit aus den alten Parteikadern des 3.Reiches entstanden ist. Da fehlt die Lernfähigkeit.

N. Lackner: Betrifft eine solche Ablehnung und Ausgrenzung nur Dich?

GR Mag. Mahrer: Nein, aktuell ist GR Josef Mayer am meisten betroffen. Da er als SPÖ-Mitglied nicht mehr bei allem mitstimmte und die Fraktion verließ, wurde er umgehend aus allen Ausschüssen hinausgeworfen,

KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer

obwohl er SPÖ-Mitglied geblieben ist. Dabei war er der einzige von SPÖ und ÖVP, der vor der Konvertierung von 11,9 Mio. Franken auf Abwarten plädierte, weil seine gründlichen Recherchen ergaben, dass der Franken steigen würde. Tatsächlich wurde bei 1,08695 CHF/€ konvertiert, zwischenzeitlich war der Kurs aber schon über 1,10. Wäre es nach ihm gegangen, hätte sich die Stadt über 150.000 Euro erspart. Mich hat die ÖVP aus ihren Ausschüssen verbannt wie schon in der letzten Gemeinderatsperiode (damals ohne "Eklat"), jetzt „darf" GR Kral hingehen. Eine andere Meinung, auch wenn sie kompetent ist, wird als Abweichung von den SP-VP-Fraktionen nicht gewollt. Das war schon bei GR^{in} Ingrid Deißenberger (SPÖ) oder StR Sepp Deißenberger (ÖVP) so. Auch WKÖ-Krems-Ob-mann Mag.Hagmann bekam bei „Wir für Krems" scharfe Kritik von der Stadtpolitik ab, als er den kritischen Zustand der Innenstadt aufzeigte. Man will die Symptome unter den Tisch kehren, da man keine Gegenstrategie hat.

N. Lackner: Woher hast Du die Infos über die Meinung der BürgerInnen von Krems?

GR Mag. Mahrer: Zahlreiche Menschen berichten mir oft über „Netzwerke" zwischen Politik und Wirtschaft. Im Gemeinderat sieht man, dass seit Jahrzehnten immer dieselben Firmen und Sachverständigen die Planungen und Gutachten machen. Nur keine neuen Ideen und Ansätze, man bleibt gerne unter sich. Ich trete konsequent für die Trennung von politischem Mandat und größeren Geschäften mit der Stadt ein. Sonst wird es nie eine transparente Auftragsvergabe geben. Das stört SP- und VP-ler, die gerne die Politik für das Geschäft nutzen wollen. Jetzt, wo Menschen über tausend Unterschriften gegen den neuen Südtiroler Platz bei der Stadtpolitik deponierten und seitens der Stadtpolitik brüskiert wurden, werde ich auch deswegen angesprochen. Die Menschen wissen, dass sie immer, wenn sie etwas über Hintergründe wissen wollen oder Hilfe in sozialen Belangen brauchen, zu mir kommen können. Der Zuspruch unserer BürgerInnen gibt mir die Kraft für die Arbeit im Gemeinderat. Anerkennung von der hohen Stadtpolitik brauche ich keine.

N. Lackner: Was denkst Du über die Angriffe, die in der Jänner-Sitzung des Gemeinderates auf Dich geführt wurden?

GR Mag. Mahrer: Wenn mir z.B. eine SP-fraktionsgesteuerte Mandatarin zur Verteidigung von Ex-ÖVP-Stadtrat Stummer erklärt, sie verliert jeden Respekt vor mir, weiß ich, dass ich ins Schwarze getroffen habe. Ich habe den SP-VP-Alleinanspruch auf die „Deutungshoheit", was gut für Krems ist, verletzt. Was die empörten Reaktionen betrifft, halte ich es mit Franz Grillparzer „…der Österreicher denkt sich sein Teil und lässt die anderen reden…".

Warum hat die SP z. B. beim nachweislich gesetzwidrig zustande gekommenen Lichtservicevertrag StR Stummers und dessen Verlängerung die Handerln gehoben? Alle Zahlen,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Aus dem Gemeinderat

Über die Arbeit unserer KLS-Mandatare – Mag. Wolfgang Mahrer und Franz Kral

Kritik am Aussackeln der Kleinverdiener in den Budgets 2016/2017 und Schonung eines Unternehmens

In der Dezember-Sitzung des Gemeinderates hat GR Mag. Mahrer die Stadtpolitik von SP und ÖVP scharf kritisiert. Er warf Bgm. Resch vor, die Kleinen genauso auszusackeln wie immer. Nicht umsonst, meinte GR Mahrer, heißt es an den Heurigen- und Stammtischen unserer Stadt: „Resch, der beste ÖVP-Bürgermeister, den es je gab“. Er gratuliere der ÖVP dazu, wie sie es geschafft habe, den zuerst von ihr so ungeliebten roten Bürgermeister umzudrehen.

Er zitierte StR Krammer zum ausgeglichenen Budget: „Wir geben nur mehr das Geld aus, das wir haben“, und warf ihm vor, wenn man das Geld nicht hat, nimmt man es sich mit exzessivem Gebührenwucher wie der 100-%-Erhöhung der Tagesgebühr Grüne Zone einfach aus den Taschen der Bürger, und zwar von den wenig Verdienenden der Innenstadtbeschäftigten, die jetzt rund einen ganzen Monat nur mehr für die 960 Euro Parkgebühren für das Jahr arbeiten müssen!“

GR Mahrer hatte im Oktober eine ***Anfrage zu Pönale-Verpflichtungen*** eines Kremser Betonwerkes eingebracht. Dieses hatte sich nach Verschiebungen verpflichtet, bis 2012 Pläne einzureichen und bis Ende 2013 sein Betonwerk betriebsfertig in den Hafen verlegt zu haben.

In der erste Anfragebeantwortung wurde verschleiert, ob beide Pönale-Beträge (10.000 bzw. 30.000 Euro) eingegangen seien. Trotz genauer Fragestellung nach dem Eingang des Gesamtbetrages bzw. der einzelnen Teilbeträge, lautete die Antwort: „Die Vereinnahmung der Pönale-Zahlung erfolgte im Rechnungsjahr 2012 ...“. Die Frage „Wenn keine Bezahlung erfolgte – warum nicht? Und, was war die Rechtsgrundlage zu dieser Entscheidung/Nichtzahlung? Wurde mit „siehe oben“ beantwortet. Einsicht in den Zahlungsbeleg wurde GR Mag. Mahrer verwehrt.

Da 2012 die 30.000 Euro noch gar nicht fällig waren, hakte GR Mahrer mit einer zweiten Anfrage nach. Nach unüblich langer Wartezeit von zwei Gemeinderatssitzungen kam im Februar die Antwort. *Tatsächlich hat man die 30.000 Euro nicht vorgeschrieben, obwohl bis 31.12. 2013 die Betonmischanlage nicht betriebsbereit war.* Man hat einfach keine 2. Pönale-Forderung gestellt, da zwischenzeitlich eine Errichtungs-Bewilligung erfolgte (8.7.2014!) allerdings gibt es noch immer keinen Baubeginn.

Tatsache bleibt, die Fertigstellung ist nicht rechtzeitig erfolgt und im Gemeinderat wurde kein Verlängerungsantrag dazu gestellt. Daher fehlt ein Gremialbeschluss als Rechtsgrundlage für die Nichtvorschreibung der 30.000-Euro-Pönale! Bei Parksündern wird bekanntlich schon nach 15 Minuten abkassiert!!!

Jänner-Sitzung: GEDESAG und Geldverschwendung. In dieser Sitzung wurde der Tagesordnungspunkt Altpapiersammlung abgesetzt. Wir werden über die Hintergründe, wenn ein neuer Antrag kommt, noch berichten.

KLS und UBK stellten einen Dringlichkeitsantrag zur Kontrolle der GEDESAG durch das Kontrollamt. Anlass sind die in einem Rechnungshofbericht betreffend gemeinnützige Wohnbaugesellschaften aufgezeigte Intransparenz infolge der Prüfung durch selbst bestellte Kontrollore und die einseitige Belastung von Mietern durch sogenannte „Auslaufannuitäten“. Selbstverständlich wurden von SP und VP die Dringlichkeit und damit jede Debatte verwehrt. Die Kremser GEDESAG-Mieter sollten sich gut merken, wer an ihrer Seite steht!

Service Center Bauen: Beim diesem Punkt kam es zum Eklat, als GR Mahrer auch Hintergründe ansprach (siehe Bericht Seite **2**). Wenn auch manches für die Zusammenlegung der Bausparten spricht, ist es eine weitere schwere – und für die KLS kaum akzeptable – Mehrbelastung der Steuerzahler. Zusammenlegen ja, wäre dies aber nicht an einem anderen Ort billiger gegangen?

Schweizer Franken Kredite: Als GR Mahrer auf Grund des desas-

Interview der KN mit GR Mag. W. Mahrer (KLS)

Die Fragen stellte *N. Lackner*

(Fortsetzung von Seite 3)

die man damals als Ersparnis vorgerechnet hat, waren durchschaubar falsch und geschönt! Wo bleibt die ÖVP-Entschuldigung für den hohen Schaden, wo Konsequenzen und Selbstkritik?

N. Lackner: Was sollen die KremserInnen denn überhaupt glauben?

GR Mag. Mahrer: Die Menschen sollen ihrem eigenen Urteilsvermögen und ihrem Gefühl glauben und immer denken – „Wem nützt es?“. Als KLS ziehen wir aus keinen Entscheidungen einen finanziellen Vorteil für uns selbst oder die Partei. Auch unsere Gemeinderatsbezüge verwenden wir zu 100 Prozent für die Kremser Nachrichten als Information für unsere Bevölkerung.

trösen Kontrollamtsberichtes zu den CHF-Krediten mit realisierten Verlusten von 5,7 Mio. Euro den Vergleich brachte: „Die ganze Sache erscheint nach diesem KOA-Bericht so, wie wenn Blinde versucht hätten, eine Farbenhandlung zu betreiben.“, meinte FPÖ-GR Rosenkranz, GR Mahrer hätte als Behindertenfunktionär Blinde beleidigt. Es war und ist aber alleinig eine Kritik an der Stadtpolitik und keine Beleidigung von Behinderten, zu denen auch GR Mahrer selbst gehört. Blinde wissen, im Gegensatz zu unseren Stadtpolitikern, was sie wegen ihrer bedauernswerten Mankos nicht können. Dass jemand aus der FPÖ, einer Partei, die bekannt ist für ihre Ausfällen gegen Andersdenkende, GR Mag. Mahrer die Worte und ihre Bedeutung im Mund verdrehen will, gehört zum rechtsextremen Politstil mancher FP-Mandatare, die nur ihre eigene Meinung als richtig gelten lassen.

Damit wurde natürlich auch von der Brisanz dieses Kontrollamtsberichtes und den Verantwortlichkeiten im Finanz- und Controlling-Bereich der Stadtpolitik abgelenkt, die GR Mag. Mahrer zum Ärger der SP/VP-Koalition klar herausgearbeitet hatte.

Februar-Sitzung: Grobe Beschimpfung: Hauptgegenstand dieser Sitzung war der positive Schuldenbericht 2015. GR Mag. Mahrers Erinnerung an Skandale, die den Schuldenberg erhöhten, lösten einen neuen Wirbel im Gemeinderat aus (siehe Seite 2).

Damit waren natürlich die kritischen Argumente der KLS nicht mehr Gegenstand in der Lokalpresse, sondern die Wortgefechte im Gemeinderat und sogar Privatgespräche zwischen den KLS-Gemeinderäten, dominierten die Berichte.

Wenn die Argumente der KLS in den Medien untergehen – freut das die hohe Stadtpolitik.

Leserbrief zur Bildungsmisere:

Für den Test, nicht für das Leben lernen wir, so könnten viele SchülerInnen heute den viel zitierten lateinischen Spruch abwandeln. SchülerInnen, Eltern und Lehrer stöhnen über das, was Politik und Schulbehörden ihnen in immer kürzeren Abständen aufbürden. Hinter der Hoffnungen weckenden Bezeichnung „Schulreform“ oder gar „Bildungsreform“ wird der bürokratische Aufwand immer noch weiter vergrößert und der Machtkampf zwischen ÖVP und SPÖ um die Kontrolle über Lehrer und Lehrerinnen, die Lehrinhalte und um die Gestaltung der Schule der 10- bis 14-Jährigen ausgetragen. Von Schulautonomie ist viel die Rede, in der Praxis ist es nicht weit her damit, für jede Kleinigkeit muss ein Schulversuch eingereicht werden. Das dauert, die bürokratischen Hürden sind hoch, wenn es aber einmal geschafft ist, kann ein Schulversuch ein langes Leben haben. 5.000 Schulversuche gibt es nach Auskunft von Ministerin Heinisch-Hosek, manche davon schon seit 40 (!) Jahren.

Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ 2015 bestätigt, dass Österreich bei der Berufsbildung erfolgreicher als andere Staaten ist, kritisiert aber, dass in Österreich nur 21 Prozent der 25- bis 34-Jährigen den Bildungsabschluss ihrer Eltern übertrafen, was einen der niedrigsten Werte der OECD-Länder darstellt. Das heißt, dass in Österreich Bildung immer noch „vererbt“ wird. Wenn Bildung ein Gegenmittel zu den Ungleichheiten in der Gesellschaft ist, versteht man, warum die ÖVP das Gymnasium mit Zähnen und Klauen verteidigt, während die Wirtschaft bereits eine effiziente gemeinsame Schule fordert, weil Bildung auch eine der wichtigsten Ressourcen eines modernen Industriestaates ist. Wenn jeder fünfte Schulabgänger nicht sinnerfassend lesen kann, fragt man sich, warum Reformen nicht die SchülerInnen und ihre ureigensten Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Ein Heer von Experten berät die Bildungsministerin und deckt die LehrerInnen mit Vorgaben ein, die auf Punkt und Beistrich erfüllt werden müssen, geht etwas schief, sind die LehrerInnen schuld, die Experten werden ausgetauscht und das Spiel geht von vorn los. Dafür wird die Lehrerschaft aber mit den enormen Herausforderungen, die die Integration einer wachsenden Zahl an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache mit sich bringt, allein gelassen. Ganztagsschulen, gratis Nachmittagsbetreuung mit Lernhilfe, mehr Geld für Schulen in Problembezirken, mehr Psychologen und Sozialarbeiter als Unterstützung, eine bessere Ausbildung der LehrerInnen und mehr Lehrpersonal mit Kenntnissen der verschiedenen Muttersprachen der Kinder sowie das Hereinholen von Nichtpädagogen, die als Freiwillige mithelfen wollen, würden auch bei der Lösung von Problemen, die durch Krankheit, steigende Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Migrationshintergrund der Eltern entstehen können, helfen. Immer mehr zu testen hilft dagegen nicht, es erhöht nur den psychischen Druck auf Kinder und Eltern. Eine ganze internationale Industrie lebt schon von der Erstellung von Tests, und Eltern, die nicht selbst helfen können, füttern auch in Österreich eine wachsende Zahl von Nachhilfeinstituten, die gut verdienen. Den Kindern, deren Eltern sich das nicht leisten können, bleiben die Lerncafés der Caritas oder andere private Lernangebote.

Die Politiker spielen ihre Spielchen auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen, denen mit dem Kompetenzdrill und den ständigen Tests die Kreativität und das selbständige Denken ausgetrieben wird und die so zu gut funktionierenden Rädchen einer rein profitorientierten Wirtschaft gemacht werden sollen. Lehrer oder Lehrerinnen, die Stärken und Schwächen ihrer SchülerInnen berücksichtigen, auf ihre Interessen eingehen und sie zu kritischem Denken anregen, statt sie auf das punktgenaue Erfüllen von Aufgabenstellungen zu drillen, sind in diesem System nicht gefragt, man zermürbt sie mit immer mehr bürokratischem Kram und setzt sie durch Experten unter Druck, die nie unterrichtet haben oder als Lehrer gescheitert sind.

Dr. E. R-M.
(Name der Redaktion bekannt)

http://derstandard.at/2000026206761/OECD-Studie-Schwache-Bildungsdynamik-starke-berufsbildende-Schulen

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Resolution 217 A (III) der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948

Artikel 1 Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2 Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3 Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4 Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

Artikel 5 Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6 Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8 Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 9 Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10 Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11 (1) Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

(2) Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12 Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13 (1) Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

(2) Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14 (1) Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

(2) Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15 (1) Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

(2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16 (1) Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

(2) Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.

(3) Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17 (1) Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.

(2) Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18 Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine

Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 19 Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20 (1) Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.

(2) Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21 (1) Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.

(2) Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

(3) Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22 Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23 (1) Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

(2) Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(3) Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

(4) Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24 Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 25 (1) Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

(2) Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26 (1) Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.

(2) Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.

(3) Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27 (1) Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

(2) Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28 Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29 (1) Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

(2) Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

(3) Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30 Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

Grundlage für Frieden und Freiheit in Gefahr – Aggression ersetzt das Gespräch, statt Verhandlung gibt es Erpressung. Schlimm für unsere Gesellschaft!

Das war der Titel und Untertitel des Leitartikels vom 27.2.2016 von Helmut Brandstätter im Kurier. *„Der Mensch als nackter Affe. Zu beobachten zuletzt in der Politik, egal ob in Österreich, wo ein grundsätzlicher politischer Wandel ja ansteht, aber noch nicht zum Durchbruch kommt, oder in einem Europa wo die Spielregeln außer Kraft gesetzt wurden und es nur mehr heißt jeder gegen jeden.“*

So ein erster kluger Auszug aus Brandstätters Analyse der momentanen politischen Situation.

Danach bemerkenswert die Aussagen von Irmgard Griss, der einzigen parteiunabhängigen Bundespräsidentschaftskandidatin. Sie nimmt nur Spenden, wenn sie die Namen der Spender veröffentlichen darf. Viele würden gerne spenden, meiden aber die Veröffentlichung ihrer Namen, weil sie dadurch persönliche oder berufliche Nachteile befürchten.

Es gibt also 2016 in Österreich zahlreiche Bürger, die Angst haben zu ihrem politischen Engagement zu stehen. Die informellen Daumenschrauben des rosa und schwarzen Polit-Establishments treffen uns als Linke schon seit Beginn der Zweiten Republik, von der Ersten Republik mit Todesurteilen und Polithaft durch die schwarzen Heimwehren ganz zu schweigen.

Auch meine Mutter wurde damals zweimal politisch inhaftiert. Wenn die Angst jetzt schon die unabhängige Mitte betrifft, zeigt das, wo die Großparteien dieses Land hingesteuert

(Fortsetzung auf Seite 10)

Werden Menschenrechte scheibchenweise abgeschafft?

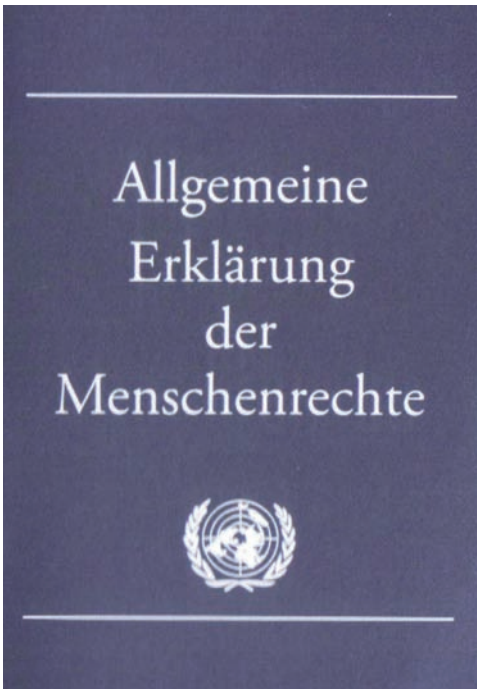
Grenzzäune, Obergrenzen, rechtsradikale Brand- und Terroranschläge auf Asylunterkünfte und Asylwerber – die scharf zu verurteilenden Silvesterereignisse in Köln seitens dutzender krimineller Nordafrikaner haben den Politikern und Medien den Vorwand geliefert, um Menschenrechte und EU-Rechte für Flüchtlinge außer Kraft zu setzen.

Aber wer Menschenrechte für einen Teil der Menschen außer Kraft setzt, wird das morgen auch bei uns Einheimischen machen und es in der gewohnten, nichtssagenden Politsprache „Reform“ nennen.

Lesen Sie die 30 Artikel der UN-Menschenrechtserklärung (siehe Seite **6 und 7**) und vergleichen Sie diese mit der laufenden Debatte zur Pensionsreform oder anderen Verschlechterungen im Gesundheits- und Sozialrecht.

Sie werden erkennen, dass dieses Aushebeln der Menschenrechte längst auch uns betrifft. Das positive Wort „Reform“ ist längst zur gefährlichen Drohung für uns Normalbürger geworden.

Die Großkonzerne und Superreichen können mit kaum versteckter Unterstützung der EU und der Regierungen der einzelnen Staaten hunderte Milliarden an hinterzogenen Steuern in die Karibik oder sogar innerhalb der EU verschieben. Gleichzeitig aber sagen die Politiker, egal ob konservativ oder sozialdemokratisch, das Sozialsystem sei nicht mehr finanzierbar. Auch legen diese „Bürgervertreter“ den Waffenexporteuren keine Steine in den Weg, wenn diese über ihre profitträchtigen Exporte Tod und Elend in den Nahen Osten und nach Afrika tragen.



Wenn dann die Menschen zu uns flüchten, werden sie als „Sozialschmarotzer“ bekämpft und manche Politiker wollen sie sogar erschießen lassen. **Nicht die Waffenexporteure stoppt man, sondern deren Opfer werden den Bürgern als Blitzableiter für ihre Wut über die unsozialen „Reformen“ dargeboten.**

Dabei hat der Nationalismus schon 1914 und 1939 zu Krieg und Katastrophen geführt. Aber SPÖ und ÖVP lernen nicht daraus, sondern verdrängen die Erfahrungen. Im Buhlen um Wählerstimmen geben sie den billigen, dumpfen FPÖ-HC Radikalslogans nach und versuchen Strache rechts zu überholen.

Wenn die Wirtschaft einen frei erfundenen „Reformstau“ bekämpft, muss man sagen, dass die neoliberalen Reformen wie Deregulierung der Währungskurse, Banken- und Bilanzregeln, Abbau von Steuergrenzen etc., die noch nicht überwundene Wirtschaftskrise 2008 erst ermöglicht haben. Jetzt, da Konzerne immer betrügerischer agieren (VW-Abgasskandal, Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe …) sind weitere verlangte „Reformen“, z.B. bei Pensionen, nur wieder Benzin, das man ins Krisenfeuer gießt. Sozialabbau und Massenverelendung à la Griechenland verschärfen die Krise statt sie zu bekämpfen.

Die Superreichen werden immer reicher und dem Rest der Menschen bleibt immer weniger zum Leben. Wir alle sitzen deshalb mit den Flüchtlingen in einem Boot! (siehe Seite **11**)

Integrationsvorbild Kremser Schulzentrum

In der Nr. 1/2016 der Zeitschrift „GÖD – Der öffentliche Dienst aktuell“ wurde auf mehreren Seiten positiv über die Neue Mittelschule (NMS) in Krems berichtet. 26 verschiedene Muttersprachen werden in deren Klassenzimmern gesprochen. Das besonders hohe Engagement und die Bereitschaft der Lehrkräfte, Kindern, auch wenn sie Migrationshintergrund haben, etwas zuzutrauen werden besonders vorgehoben. Auch die Aufnahme von 14 neuen Flüchtlingskindern für 2015/16 in den Klassengemeinschaften ist gut gelaufen. Die neuen Mitschüler werden als höflich und zuvorkommend bezeichnet und deren rasches Zurechtkommen mit dem Unterricht gelobt. Schwierigkeiten bereitet nur das Finden geeigneter Lehrmaterialien, da sind die LehrerInnen auf sich selbst gestellt. Die hohen bürokratischen Hürden für den Sprachförderunterricht sind wenig verständlich, da es um die Zukunft von Kindern geht. Umso dankbarer ist man für das zusätzliche Engagement von Freiwilligen z. B. von StudentInnen und pensionierten LehrerInnen. Der „Kurier“ vom 27.2.2016 berichtet von einer Hiobsbotschaft für alle Schulen, die AushilfslehrerInnen engagierten, weil diese wegen Gesetzesvorgaben, wenn sie Pensionisten oder Studenten sind, nicht bezahlt werden können. Dazu braucht es erst einen neuen Erlass des Ministeriums. Auch das Fehlen bundesweiter pädagogischer Vorgaben wird als „Allein gelassen werden“ bei den sprachlichen Integrationsproblemen seitens der Schulbehörden empfunden. Dadurch werden Migrationskinder nur wegen ihres Sprachmankos oft in Sonderschulen abgeschoben, kritisiert man seitens einer solchen Schule in Schärding.

Der Eklat im Gemeinderat – Schmutzkampagne statt Argumente!

(Fortsetzung von Seite 2)

Gegen linke kritische Opposition halten SP und VP eben eisern zusammen. VBgm. Haselmayer meinte, ein Rücktritt Mahrers würde das Ende der Anschuldigungen bedeuten. Klar, damit würden sich VP und SP die Aufarbeitung der Skandale ersparen. Mahrers Rücktritt – den hätte Haselmayer gerne – damit SP und VP weiter mit „weißer Weste“ Harmonie spielen können und die Opposition mundtot ist.

Als GR Kral betonte, dass es auch für die Zukunft wichtig ist, alte Skandale aufzuarbeiten und richtigstellen wollte, dass GR Mahrer nicht Mitglied der KPÖ ist, geriet er voll ins SP-Abwehrfeuer.

Das Aufzeigen alter Skandale, für die wir alle noch Schulden abbezahlen, das wollen SP/VP – allen voraus StR^{in} Hollerer – einfach nicht. Wir sollten mitarbeiten und nicht mit Kritik das Klima vergiften meinte StR Krammer, so würden wir die Arbeit für den Bürger stören. Als ob die Verdopplung der Tagesgebühren und das Abzahlen alter skandalbedingter Schulden, positive Arbeit für die Bürger wäre. Richtig, wir stören die Harmonie der SP/VP-Koalitionäre. Aber die KLS lässt sich einfach nicht als Förderer ihres „positiven Wahlkampfklimas“ missbrauchen.

Als KLS arbeiten wir seit Jahren für diese Stadt, aber wir werden nie Handlanger beim Belasten und Abkassieren ihrer Bürger sein, um Projekte von einigen „besser“ vernetzten zu fördern.

Sprechstunden
der KLS-Gemeinderäte
Mag. Wolfgang Mahrer und Franz Kral

jeden Montag von 16:00 bis 17:00 Uhr
in den Räumen der „Kultur Mitte“
Obere Landstraße 8, 3500 Krems
oder nach telefonischer Vereinbarung unter
0664 / 524 98 62 bzw. 0676 / 924 96 86

Seit Jahren hilft Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer unverbindlich vor allem bei Fragen in sozialen Belangen.

Er prüft zum Beispiel, ob Unterstützungsansprüche bestehen, hilft Anträge auszufüllen, erklärt Bescheide, hilft bei Berufungen und Einsprüchen, fragt bei Ämtern und Behörden nach und begleitet, wenn nötig, die Betroffenen dorthin.

Grundlage für Frieden und Freiheit in Gefahr – Aggression ersetzt das Gespräch, statt Verhandlung gibt es Erpressung. Schlimm für unsere Gesellschaft!

(Fortsetzung von Seite 8)

haben. Sie betrachten es als ihr Eigentum und wollen ihre Interessen, die durchaus finanzieller Natur seitens Parteien und Funktionären sind, mit Zähnen und Klauen bzw. verdeckten Schikanen verteidigen.

Auch hörte Frau Griss laut Kurier von Zeitungsverlegern, die positive Berichte über Spitzenpolitiker und Topmanager gegen Geld anbieten, bei Ablehnung folgt ein Verriss. Irmgard Griss sieht das als rechtlich relevante Erpressung. Soviel zur Pressefreiheit à la österreichische Boulevardpresse in den Augen einer ehemaligen Höchstrichterin, die sonst nicht unsere ungeteilten Sympathien hat.

Im Weiteren verurteilt Brandstätter BMI Mikl-Leitners schweren Fehler, die Flüchtlingskonferenz mit Balkanstaaten ohne Griechenland abzuhalten. Das hat ihr Kritik der österreichischen EU-Parlamentarier von ÖVP (besonders von Othmar Karas) sowie von SPÖ und Grünen eingebrockt, wie derselbe Kurier unter „Europa von Innen“ berichtete, die Zustimmung der FPÖ, Polens und Ungarns ist ihr aber sicher.

Der Schlusssatz Brandstätters: „So gehen die Grundlagen für Frieden und Freiheit auf vielen Ebenen verloren, wenn wir nicht aufpassen. WIR passen auf. Versprochen ...“

Gedenkstein vor Hitlers Geburtshaus in Braunau

Wir von der KLS auch, denn wir sehen besonders die Menschenrechte von Mikl’s Füßen getreten,

meint Ihr
GR Mag. Wolfgang Mahrer

"Die Menschenrechte sind wirklich in einer Krise",

sagte der Völkerrechtler Nowak in einem Standard-Artikel vom 3. 2. 2015 von Lisa Nimmervoll

Auszüge aus diesem Artikel über Menschenrechte und das König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog in Wien – lauteten wie folgt: „… Saudi-Arabien ist eines der Länder, in dem Menschenrechte besonders stark verletzt werden, und das sich auch gegen universelle Menschenrechte stellt." Dazu komme der "Führungsanspruch" Saudi-Arabiens in der islamischen Welt, das religiöse über weltliche Regeln stellen wolle.

Als UNO-Sonderbeauftragter für Folter habe er mit einem "urgent appeal" an Saudi-Arabien "praktisch nie Erfolg gehabt", während etwa Protest gegen drohende Steinigung von Frauen im Iran "sehr wohl manchmal erfolgreich" war: "Saudi-Arabien ist sicher einer der härtesten Staaten, wenn es darum geht, die Menschenrechtssituation zu verbessern."

Konkret fordert der Experte: "Man müsste interreligiösen Dialog nützen, um die Religionen auch stärker in Verantwortung zu nehmen für Konflikte und Kriege. Dann ist das etwas Positives."

Er entlässt aber auch "den Westen" nicht aus der Verantwortung. Denn so "simpel, dass nur die islamischen Staaten oder Russland und China für den aktuellen Zustand der Menschenrechte verantwortlich sind, ist es nicht".

Der Westen müsse sich die Frage stellen, was er falsch gemacht habe: "Nach dem Ende des Kalten Krieges hat der Westen einen großen Fehler gemacht, indem er sich nicht voll hinter alle Menschenrechte – auch soziale und wirtschaftliche – gestellt hat. Stattdessen hat der Westen in relativ arroganter Weise versucht, nur die Globalisierung nach neoliberalen Gesichtspunkten durchzusetzen. Deswegen gibt es auch diesen starken Hass."

Es sei höchste Zeit angesichts von Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Klimakrisen "zu schauen, was läuft falsch und einen neuen globalen Grundkonsens zu finden", fordert Manfred Nowak.

Der neue Luxus in Krems

So sieht eine der neuen Luxusvillen in Krems aus. So etwas kann man sich leisten, wenn man neben anderem zunehmend Aufgaben der öffentlichen Hand wie z.B. die Müllabfuhr profitabel übernehmen kann. Geringere Kosten durch höheren Arbeitsdruck und geringere Löhne als bei der Stadt und trotzdem Profit. Das sind die neuen Prunkbauten des Neoliberalismus, die dadurch entstehen können. Im Gegensatz dazu gibt es kaum mehr leistbares Wohnen in Krems für die Arbeitnehmer, die unter steigendem Lohndruck und steigenden Wohnkosten leiden, obwohl gerechter Lohn und Wohnen gemäß Art. 23/2 und 3 sowie 25/1 Menschenrechte sind! (Siehe Seite 7!)

62 Menschen sind reicher als 50 Prozent der Weltbevölkerung – und in Österreich?

Vor Kurzem sorgte eine Oxfam-Studie für weltweite Aufregung: Die 62 (!!!) reichsten Menschen der Welt besitzen zusammen ebenso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Wie sieht es in Österreich aus?

In Österreich besaßen im Jahr 2010 die ZWEI Familien Porsche & Piech (VW) mit 33,8 Milliarden (!) Euro weit mehr als die ärmere Hälfte aller ÖsterreicherInnen mit 27 Milliarden Euro und sie konnten bis 2015 im Gegensatz zur normalen österreichischen Bevölkerung ihr Vermögen sogar verdoppeln!

Fast überall nehme die soziale Ungleichheit dramatisch zu, beklagte Oxfam. Zu den Ursachen gehören nach Ansicht der Autoren eine völlig unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Kapitalgewinne sowie die anhaltende Verschiebung von Profiten in Steueroasen.

Wie die Vermögensunterlagen von Attac* zeigen, besitzt das reichste 1 Prozent der Menschen in Österreich mittlerweile fast 700 Milliarden Euro – das 2,4fache der gesamten Staatsschulden!

Auch wir fordern Vermögenssteuern und Reichtumsobergrenzen zur Bekämpfung der Ungleichheit – denn gerade diese Ungleichheit ist es, die unsere Gesellschaft bedroht!

** Attac ist eine internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt. Daten stammen von der Europäischen Zentralbank "Vermögen in Österreich".*

Der „Kremser-Nachrichten-Buchtipp“

„Geld oder Leben – im 21. Jahrhundert“

Wir haben eine Umverteilung: Von den „kleinen Leuten“ zu den Wohlhabenden. Wer einen Rolls-Royce sein Eigen nennt, der kann sich im Fond bequem zurücklehnen. Zinsen und Zinseszinsen werden dafür sorgen, dass er sich bald eine zweite Limousine leisten kann. Woher er das Geld dafür bekommt? Natürlich von der arbeitenden Bevölkerung!

Die meisten Menschen haben noch nie hinterfragt, ob unser Wirtschaftssystem auch anders sein könnte. Es war in ihrem Leben immer so wie jetzt: Es gab Arme und Reiche, und wer es zu etwas bringen wollte, der musste hart arbeiten.

„Aber das ist eine glatte Lüge!“, sagt der Kremser Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Gernot Benesch, als Autor: „Durch Arbeit wird niemand reich.“ Fatal ist das ökonomische System, das die Unterschiede zwischen den Menschen verursacht. Dahinter steckt das exponentiell wachsende Zinseszins-System, das nur bestehen kann, indem es regelmäßig in Katastrophen und Kriegen mündet, und wenn alles in Schutt und Asche liegt, kann die zinseszinsbasierte Wirtschaft wieder wachsen.

Es ist höchste Zeit, dass wir Wirtschaft neu denken. Wir brauchen eine sozial verträgliche und ökologisch nachhaltige Ökonomie, die allen Menschen Wohlstand bringt, nicht nur einigen Profiteuren. Die moderne Technologie macht das möglich.

Gernot Benesch zeigt in diesem Buch die 6 Schritte zur Ökonomie 4.0 und wie diese zu einer gerechteren Welt führen könnte. Negativzinsen ab 100.000 Euro, eine Transaktionssteuer, die alle anderen Steuern ersetzt, ein bedingungsloses Grundeinkommen als Zutaten für eine Welt, in der alle besser leben können.

200 Seiten, spannend und leicht lesbar für jede und jeden, der erfahren möchte, wie die Ungerechtigkeit derzeit die Welt fest im Griff hat und wie leicht man das ändern könnte!

*(Gernot Benesch: Geld oder Leben im 21. Jahrhundert, GALILA VERLAG 2015, 224 Seiten, **19,90** Euro, ISBN: 9783902533-654)*

Impressum: Eigentümer, Verleger, Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Bezirksleitung Krems, alle 3500 Krems, Obere Landstraße 8. Offenlegung und Bekanntgabe der Blattlinie: Die alleinige Verlegerin dieses Mediums ist die Kommunistische Partei Österreichs, Bezirksleitung Krems. Diese Druckschrift strebt die Information der Bevölkerung über gesellschaftspolitische Probleme, insbesonders über kommunale Fragen in der Gemeinde an und tritt unter anderem für die Verstärkung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Hebung der Lebensqualität der BewohnerInnen ein.

KULTUR MITTE

3500 KREMS – OBERE LANDSTRASSE 8

Die Kultur Mitte Krems lädt alle Mitglieder und Kunstfreunde zu folgenden Veranstaltungen ein:

Ausstellung: Eva Schebesta – Bilder in Acryl auf Leinwand, Spachteltechnik, Kreide, Pastell auf Papier u. Karton

Vernissage: Freitag, 29. April, 19.00 Uhr, geöffnet von 29. April – 13. Mai 2016

Ausstellung: Nicole Weiser – zeichnet mit Bleistift, Rötel, Kohle, Kreide und malt in Öl.

Vernissage: Freitag, 9. September, 19.00 Uhr, geöffnet von 9. – 23. September 2016

Liederabend: Angelika Sacher & Klaus Bergmaier – Neue CD „Friedenslieder“.

Freitag, 16. September 2016, Beginn: 19.00 Uhr

28. September – 2. November 2016: 2. MALKURS

Ausstellung: Roswitha Wagner – Bilder in Aquarell, Öl, Collagen, in Mischtechnik und bildhauerische Arbeiten. Die Malerin begleitet ihre Werke oftmals mit eigener Lyrik.

Vernissage: Freitag, 18. November, 19.00 Uhr, geöffnet: 18. November – 2. Dezember 2016

Filmschau: Film- & Videokünstler des Kremser Film- und Videoclubs zeigen ihre Filme.

Freitag, 25. November 2016, Beginn: 19.00 Uhr

Mögliche Programmänderungen oder neue Veranstaltungstermine werden rechtzeitig bekannt gegeben!

www.facebook.com/kultur.mitte.krems

7. Kremser Poetry Slam mit internationaler Beteiligung

Am 18. März 2016 holte sich der erste internationale Teilnehmer dieses Bewerbs, Daniel Wagner aus Heidelberg, den Sieg, ganz knapp vor der Vorarlbergerin Kater Ina. Als Slammaster fungierte wieder der unvergleichliche Günther "Tschif" Windisch, selbst vielfach preisgekrönter Autor.

Alle 9 TeilnehmerInnen und Ehrengäste v.l.n.r.: GR Franz Kral, GR Mag. Klaus Bergmaier, Sieger Daniel Wagner, Simone Denk, Slammaster Günther "Tschif" Windisch, Zweitplatzierte Kater Ina, Andi Pianka, Franz Schlacher, Jürgen Hirsch, Alice Reichmann, Drittplatzierter Simon Tomaz, Barbara Kermer, GR Mag. Wolfgang Mahrer